



Melissa Barreiro/Trumpet

Die Demokratie stirbt

Was wird stattdessen kommen?

- Richard Palmer
- [24.01.2017](#)

Überall in der Welt stirbt die Demokratie. Sich selbst zu regieren, was früher als Ideal der Freiheit und der beste Weg, ein Land gerecht zu verwalten, angesehen wurde, ist für die jüngere Generation eher unbedeutend geworden.

Laut der Daten des World Values Survey 1995 – 2014 (Weltwertestudie) halten von den in den achtziger Jahren in den Vereinigten Staaten geborenen jungen Leuten nur 30% es für „wesentlich“, in einer Demokratie zu leben. Nur 19 Prozent sagten, dass eine militärische Machtübernahme in einer Demokratie unrechtmäßig sei, auch wenn die Regierung unfähig ist oder ihre Arbeit nicht tut. Nur ein Drittel von ihnen glaubt, dass die Menschenrechte „zwingend notwendig“ seien. 2015 meinte jeder Sechste, er sei mit einem Militärputsch einverstanden. (1995 war es nur jeder Sechzehnte gewesen.) Eine Umfrage im Jahr 2011 zeigte, dass fast ein Viertel der jungen Menschen dachten, die Demokratie sei eine „schlechte“ oder „sehr schlechte“ Methode, ein Land zu regieren.

„Noch vor drei Jahrzehnten gingen die meisten Gelehrten davon aus, dass die Sowjetunion stabil bleiben würde“, schrieben Roberto Stefan Foa und Yascha Mounk, die Wissenschaftler, die diese Statistik erstellten, im *Journal of Democracy* (*Zeitschrift der Demokratie*). „Aber diese Annahme erwies sich plötzlich als ein Irrtum. Heutzutage haben wir sogar noch größeres Vertrauen in die Dauerhaftigkeit der wohlhabenden, gefestigten Demokratien auf der Welt. Aber haben wir wirklich gute Gründe für unser demokratisches Selbstbewusstsein?“ (Juli 2016)

„Unsere Ergebnisse sind besorgniserregend“, warnten sie. „Die Staatsbürger einer Reihe von vermeintlich gefestigten Demokratien in Nordamerika und Westeuropa sind nicht nur kritischer gegenüber ihren führenden Politikern geworden. Vielmehr sind sie auch zynischer geworden in Hinblick auf den Wert der Demokratie als politisches System, denn sie hatten kaum Hoffnung, jemals auch nur den geringsten Einfluss auf die öffentliche Ordnung nehmen zu können und waren daher eher gewillt, auch autoritäre Alternativen zu unterstützen. Es gibt viel mehr Anzeichen für eine Krise der demokratischen Legitimation als zunächst angenommen wurde.“

Ähnliche Daten zeigen, dass sich derselbe Trend auch in Schweden, Australien, den Niederlanden, Neuseeland und im Vereinigten Königreich bildet.

Der Tod der Demokratie ist nicht mehr nur reine Theorie. Er hat Auswirkungen auf alle Wahlurnen der Welt. Wohin wir blicken, sehen wir deutlich die ersten Warnsignale, die das Ende der Demokratie ankündigen. Und die Prophetie der Bibel weist stark darauf hin, dass dieser Trend sich immer mehr verstärken wird.

Piraten

Seit dem zweiten Weltkrieg hat sich die westliche Welt darauf geeinigt, wie eine Demokratie aussehen sollte: Eine Regierungsform, die liberale Demokratie genannt wird. Der Westen träumte davon, dieses erleuchtete Ideal der repräsentativen Selbstverwaltung auf der ganzen Welt zu verbreiten und so den Sozialismus, den Kommunismus und/oder Diktaturen und Tyrannen zurückzudrängen und allen Menschen auf der ganzen Welt die Möglichkeit zu geben, sich selbst zu regieren.

Es ist dem Westen jedoch nicht gelungen, sein hochgeschätztes Produkt zu exportieren, mehr noch, es verrottet auf seinen

eigenen Regalen. Die Demokratie in Großbritannien, Europa, Amerika und darüber hinaus ist am Zerfallen. Das hat sich sowohl in jahrzehntelangen Trends als auch in den jüngsten Wahlen gezeigt. Es werden nicht nur gewisse Politiker oder Parteien abgelehnt. Es zeigt sich, dass die Welt nicht mehr damit zufrieden ist, wie diese Regierungsform funktioniert – nicht einmal in den freien Gesellschaften. Es zeigt sich auch, dass die Wähler so unzufrieden mit der Demokratie sind, dass sie bereit sind, alternative und sogar radikale Regierungsformen an sich selbst auszuprobieren.

Eine Alternative sind die Piraten. Am 29. Oktober hätten die Piraten in Island fast die Regierung übernommen. Das waren natürlich keine richtigen Piraten, sondern die isländische Piratenpartei.

In der Politik ist die Piratenbewegung eine neue Erscheinung. Sie hat sich aus dem Protest gegen die Durchsetzung des Onlinecopyrights zu einer politischen Bewegung entwickelt, die sich für das Recht auf den Schutz der Privatsphäre, auf Transparenz der Regierung und auf Redefreiheit einsetzt.

Diese Partei wurde erst vor vier Jahren gegründet, aber im Oktober erhielten sie 15 Prozent der Stimmen. Damit wurde sie in Island auf Anhieb die drittgrößte Partei. Das ist wirklich ein explosives Wachstum.

Wie fast überall in der Welt ist es leicht erkennbar, warum die isländischen Wähler die herkömmliche Politik so entschieden ablehnen. Anfang 2016 hatten die Panama-Papiere eine massive Korruption bis in die höchsten Stellen der isländischen Regierung aufgedeckt, was zum Rücktritt des Premierministers führte.

Der wichtigste Punkt für die Piratenparteien Islands und ganz Europas und der Grund, warum sie die „liberale Demokratie“ ablehnen, ist ihre Unterstützung der direkten Demokratie. Praktisch alle liberalen Demokratien des Westens sind *repräsentative* Demokratien. Die Leute wählen einen Repräsentanten, der mit der Gesetzgebung und der Verwaltung beauftragt wird und das Land im Rahmen seiner Verfassung nach bestem Wissen und Gewissen verwaltet. Falls die Wähler mit seiner Politik nicht einverstanden sind, können sie ihn am Ende seiner Legislaturperiode, wenn nicht schon früher, abwählen.

Wenn aber die gewählten Repräsentanten so korrupt sind wie die Panama-Papiere, so wie Wikileaks und andere „undichte Stellen“ enthüllen, ist es leicht zu verstehen, warum die Wähler etwas Anderes wollen. In einer direkten Demokratie stimmen die Bürger selbst über die Politik ab und sparen so den Repräsentanten aus.

Beppe Grillo, der wahrscheinlich der zukünftige Ministerpräsident Italiens wird, war früher Komödiant und führt jetzt die Gruppe „Direkte Demokratie“ in Italien an, die „Fünf-Sterne-Bewegung“. In den Niederlanden wurde voriges Jahr ein Gesetz verabschiedet, das Unterschriftensammlungen zulässt, um über ein Referendum die Gesetzgebung zu ändern.

Bauern

Während die Piraten in Island den Durchbruch schafften, setzte sich in Litauen in zwei Wahlrunden am 9. und am 23. Oktober überraschend eine Bauernpartei durch. Vor den Wahlen hatte der „Bund der Bauern und Grünen“ grademal einen Sitz im Parlament. Jetzt ist sie mit 54 Sitzen die größte Partei

Wiedermal gibt es eine neue Partei und wieder haben die Leute die gewohnte Politik satt. Aber anstatt dem Volk mehr Macht zu geben, will diese Koalition dessen Macht verringern. Einer der wichtigsten Programmpunkte des Bundes der Bauern und Grünen ist es, eine technokratische Regierung zu schaffen. Als Grund dafür wird angegeben, dass die gewählten Politiker nur Unsinn gemacht hätten und Litauen dringend Experten braucht, die sich darum kümmern.

Das ist noch eine Idee, die sich nach den Präsidentschaftswahlen in Amerika immer mehr verbreitet und an Beliebtheit gewonnen hat. „Die Wahl Donald Trumps zum Präsidenten der Vereinigten Staaten ist vielleicht ein erstes Signal für den Tod der fast wie eine Religion verehrten Demokratie“, schrieb der frühere konservative Parlamentsabgeordnete Matthew Parris. „Auf beiden Seiten des Atlantiks läuft die Demokratie Gefahr, ihr hohes Ansehen als ganz und gar unbestrittenes Rechtsgut zu verlieren“ (*Spectator*, 9. Nov. 2016).

Jason Brennan, ein politischer Philosoph an der Georgetown University, hat gerade ein Buch mit dem Titel *Gegen Demokratie* geschrieben. Er befürwortet stattdessen die sogenannte *Epistokratie*, die Regierung der Sachkundigen. „Trumps Sieg ist ein Sieg der Uninformierten“, schrieb er in *Foreign Policy (Außenpolitik)*. „Aber ehrlich gesagt, ein Sieg Clintons hätte auch dasselbe bedeutet. Demokratie ist die Regierung des Volks, aber das Volk ist vielfach unfähig zu regieren“ (10. Nov. 2016)

Klar ist jedenfalls, dass nicht nur die jungen Leute der Demokratie überdrüssig sind. Viele Mitglieder der Elite sind das auch.

Hillary Clinton und Barack Obama sind ebenfalls Teil dieser Bewegung. Auch die europäische Union verfolgt dieses Konzept schon seit Jahrzehnten. In Amerika haben Politiker der beiden Parteien zugelassen, dass inzwischen über 2,5 Millionen nicht gewählte Bürokraten, die nicht zum Militär gehören, für die Executive arbeiten. Sie werden ernannt, nicht gewählt. Diese enorme Anzahl von Bürokraten bringt auch eine Unzahl von Agenturen mit sich, die die Macht haben, Gesetze durchzusetzen, Entscheidungen zu treffen und Strafen zu verhängen. Sie nennen diese Gesetze „Vorschriften“. Der Durchschnittsbürger hat kaum eine Chance gegen diesen bürokratischen Staat.

Je mehr Verfügungsgewalt diese Bürokraten bekommen, umso weniger haben die Bürger noch zu sagen. Die natürlichen Verbündeten dieser Bürokraten, Technokraten, Epistokraten und ihrer Artverwandten sind die Linken, weil sie alle dieselbe

Lösung anstreben: Die große Regierung.

„Illiberale Demokratie“

Aber nicht alle sind mit einer großen Regierung einverstanden. Der Kampf dagegen führt zu einer anderen Bewegung, zur „illiberalen Demokratie“. Diesen Ausdruck prägte der ungarische Premierminister Viktor Orbán für diejenigen, die, wie er selbst und Donald Trump demokratisch gewählt wurden, jedoch viele der Normen des modernen westlichen Staates ablehnen. Vieles von dem, was sie tun, wird als inakzeptabel angesehen; demokratische Politiker sollten so etwas nie tun, ganz gleich wie stark das Mandat ist, das sie innehaben.

Diese „illiberalen“ Demokratien werden meistens von „starken Männern“ aufgebaut, die demokratisch in ihr Amt gewählt werden, dann aber ihre persönliche Macht erheblich vergrößern, um die Probleme ihrer Länder zu lösen.

In vielerlei Hinsicht ist dies der schwierigste Trend zu beschreiben, weil so vieles verfälscht ist. Die Linke hat die Kontrolle über viele Hebel der Macht in den liberalen Demokratien erlangt. Sie hat die Bürokraten, die Justiz, die Medien, die Schulen und sogar die wichtigsten Banken dazu benutzt, um in Nationen eine linksgerichtete Politik durchzusetzen. Wenn rechtsgerichtete Politiker die Marschrichtung ihres Landes ändern wollen, geht das nur, indem sie die linke Politik dieser Bürokraten, Juristen, regierungseigenen Rundfunkstationen, usw. „behindern“. Doch wenn sie das tun, schreit die Linke Zeter und Mordio.

Aber all diese Panikmache ist gefährlich. Dadurch wird es nur noch schwieriger zu erkennen, ob diese Politiker nur die Macht der Linken bekämpfen oder ob sie wirklich dabei sind, die Regierung in eine Herrschaft der Unfreiheit und Unterdrückung zu verwandeln. Besonders die Regierungen Ungarns und Polens werden als „illiberale Demokratien“ herausgestellt. Sind sie nun wirklich illiberal? Vieles ist sicherlich besorgniserregend. Aber mit all der hitzigen Rhetorik ist schwer zu sagen, was eigentlich vor sich geht. Jemand ist nicht zwangsläufig ein Nazi, nur, weil er die Entscheidungen einer Zentralbank kritisiert oder dafür ist, dass ein außer Kontrolle geratener Oberster Gerichtshof im Zaum gehalten wird. Die Verleumdungen der Linken gegen Polen, Ungarn und die Trump-Regierung erschweren es zu erkennen, ob und wann diese Regierungen tatsächlich Schritte unternehmen, die wirklich eine Gefahr darstellen.

Eskalation

Alle diese Bewegungen inspirieren sich gegenseitig. Je mehr die Eliten die Macht ergreifen, umso entschlossener sind die Leute, diese Macht wieder zurückzuerobern und umgekehrt.

Italien hatte von 2011 bis 2013 keine andere Alternative als eine technokratische Regierung. Während dieser Zeit wurde die Fünf-Sterne-Bewegung, die die direkte Demokratie unterstützt, plötzlich überaus beliebt – eine Gegenreaktion auf die Technokratie. Als die Niederländer zum ersten Mal ihre neue Macht der direkten Demokratie nutzten, um einen Vertrag der EU mit der Ukraine zu verhindern, war das ein Schlag gegen die Technokraten der EU. Aber die Technokraten begannen bald darauf, eine Methode zu entwickeln in der Hoffnung, dass die holländische Regierung sie nutzen kann, um die Volksabstimmung zu ignorieren.

Viele Leute in Großbritannien hassen die EU wegen ihrer antidemokratischen Natur und ihres elitären Denkens. Als die Briten bei einer seltenen Gelegenheit, die an die direkte Demokratie erinnert, für den Austritt aus der EU stimmten, war das für die Eliten nur ein weiterer Beweis dafür, dass das Volk sich nicht selbst regieren kann und diese Macht daher auch nicht verdient.

Direkte Demokratie und illiberale Demokratie weisen einige Gemeinsamkeiten auf. Die eine will die Macht direkt dem Volk überlassen, während die andere sie einer einzelnen Person anvertraut, die dann die Entscheidungen trifft. Beide treffen schnell auf den Widerstand der Eliten. Die Eliten widersetzen sich den „Illiberalen“ oder „den Leuten“, die die Macht ergreifen und versuchen deshalb, noch mehr Macht zurückzuerobern. Um das zu erreichen, müssen sie sich radikalisieren.

Diese Länder sind nur Beispiele, weil dort kürzlich gewählt wurde. Sie sind keine Ausnahmen. Eine neue politische Partei, die in einem europäischen Land Unterstützung findet, ist durchaus nichts Ungewöhnliches. Griechenland, Litauen, Island, Portugal, Spanien, Frankreich, Finnland die Niederlande und Schweden sind allesamt gute Beispiele für diesen Trend. Das bedeutet, dass viele Leute gefährlich unzufrieden mit dem gegenwärtigen Zustand der modernen Demokratie sind.

Es ist wichtig zu erkennen, dass es gerechtfertigt ist, alle diese Alternativen hart zu kritisieren. Aus gutem Grund verwarfen die Gründer der Vereinigten Staaten die direkte Demokratie. Die Herrschaft der Eliten konzentriert die Macht in Händen von wenigen Leuten. Aber auch die besten Pläne der sachverständigen Bürokraten *gehen oft ganz daneben* – gehen oft schief. Wie F. A. Hayek es ausdrückte: „Die etwas merkwürdige Aufgabe der Wirtschaftswissenschaften ist es, den Menschen, die sich einbilden, Dinge gestalten zu können, zu zeigen, wie wenig sie wirklich davon verstehen.“ Aus starken Männern können leicht starke Diktatoren werden, was ja schon oft genug passiert ist.

Trotzdem sind die Leute in diesen Bewegungen keine Nazis. Es sind alles wohlmeinende Menschen und die meisten von ihnen würden protestieren, wenn man sie als antidemokratisch bezeichnete. Sie unterstützen diese Parteien, weil sie das Gefühl haben, dass das bisherige System nicht mehr funktioniert und dass eigentlich große Veränderungen an seiner Arbeitsweise nötig wären. Sie teilen viele Ansichten von 25 Prozent der jungen Leute, die glauben, die Demokratie sei „schlecht“, auch wenn sie es nicht zugeben wollen. Das sind alles Symptome tiefster Unzufriedenheit mit der Art und Weise, wie die westlichen Regierungen funktionieren und alle haben das Gefühl, dass die Demokratie uns im Stich gelassen hat.

Sobald eine maßgebliche Minderheit erst einmal beginnt, das Vertrauen in die Demokratie zu verlieren, ist dieser Trend schwer aufzuhalten. Er wird zu seinem eigenen Teufelskreis. In den 1930er Jahren entstanden neue Parteien genauso schnell wie heute. Ihr Aufstieg brachte es mit sich, dass die etablierten Parteien nicht mehr genügend Stimmen erhielten, um eine Regierung zu bilden und die gewohnten Koalitionen nicht mehr funktionierten. Die Demokratien wurden funktionsunfähig; immer mehr Leute waren von der Notwendigkeit für etwas Neues überzeugt und die Situation verschlechterte sich mehr und mehr.

Abgesehen davon können die Probleme in unserer heutigen Welt nur noch schlimmer werden. Die Wirtschaftskrise in Europa geht ohne Anzeichen auf eine Lösung weiter. Teile Europas stagnieren und haben bereits eine so hohe Arbeitslosigkeit wie damals in der Weltwirtschaftskrise. Selbst Deutschland, Europas Wachstumsmotor, könnte in diese Wirtschaftskrise geraten. Amerika ist total verschuldet und steht am Rande einer Katastrophe.

Wenn die Massen das System jetzt schon ablehnen, wie viel schlimmer wird es noch werden, wenn noch weitere Millionen Menschen arbeitslos werden? Wenn Millionen Familien befürchten müssen, ihre Wohnungen zu verlieren?

Um auf die Akademiker zurückzukommen, von denen wir anfangs sprachen: Public Radio International berichtete über ein Interview mit Yascha Mounk: „Mounk glaubt, dass zumindest ein Teil der Gründe für die Enttäuschung über die Demokratie wirtschaftlicher Natur sind. Die meisten Bürger in den etablierten liberalen Demokratien haben sich in den letzten 20 oder 30 Jahren mit stagnierenden oder sogar sinkenden Einkommen begnügen müssen. Sie werden denken, dass das System für sie versagt hat, während ihre Kinder eine ungewisse Zukunft vor sich haben“ (29. November 2016).

Ein wirtschaftlicher Zusammenbruch würde diese Zukunft sogar noch viel ungewisser machen. Dann würde das Gefühl, dass das System gescheitert ist, in Chaos und Anarchie umschlagen.

Warum Regierungen scheitern.

Die weltweite Unzufriedenheit stimmt mit den Vorhersagen überein, die die *Trumpet* und die *Klar & Wahrschon* seit Jahrzehnten machen: Der Zusammenbruch der politischen Ordnung in den Vereinigten Staaten, der Aufstieg von starken Männern in Asien, Europas Hinwendung zum Nationalismus und die Schaffung eines neuen, undemokratischen europäischen Superstaates.

All das hat einen einfachen Grund: Der Mensch ist einfach nicht in der Lage, über andere Menschen zu herrschen. Er ist dazu grundsätzlich nicht fähig. Keine Regierung des Menschen konnte oder kann für Frieden, Stabilität und Ordnung sorgen. Wir erleben gerade die letzte Runde, in der die Menschen erkennen, dass das so perfekte System von gestern gescheitert ist und sie versuchen nun in aller Eile, ein neues perfektes System für die Zukunft zu erfinden.

Es ist nicht die Politik, die scheitert, sondern die menschliche Natur. Kein System kann Habgier und Selbstsucht beseitigen.

Das heißt jedoch nicht, dass alle Regierungsformen gleichermaßen schlecht sind. Manche sind viel besser geeignet als andere, um die menschliche Selbstsucht zu zügeln.

Schon ein einfaches Verständnis der Geschichte sollte uns vor den Gefahren warnen, die eine Abschaffung der liberalen Demokratie und die Suche nach Alternativen mit sich bringen. Wenn wir den Lauf der Geschichte betrachten, müssen wir feststellen, dass es den meisten Leuten im Westen heute besser geht als jemals zuvor. Der größte Teil der Menschheit hatte im Laufe der Geschichte niemals so viele Freiheiten, die für die meisten von uns heute so selbstverständlich sind.

Wie Winston Churchill sich ausdrückte: „Die Demokratie ist die schlechteste Regierungsform – mit Ausnahme aller anderen, die wir bisher ausprobiert haben.“

Schon Amerikas Gründerväter kannten bereits einige der Probleme mit der menschlichen Natur. Sie entwarfen eine Regierungsform, die diese Natur zügeln sollte. Die Regierungen in der englischsprachigen Welt und darüber hinaus entstanden aus einer ähnlichen Tradition. Nach dem zweiten Weltkrieg wurden dann viele der restlichen Demokratien der Welt mit denselben Prinzipien gegründet.

All diese Alternativen zur liberalen Demokratie können uns nicht vor den Gefahren der menschlichen Natur schützen. Die illiberale Demokratie konzentriert alle Macht in einem starken Mann und befreit ihn von Kontrolle und Überwachung. Das funktioniert gut, wenn dieser Mann von Natur aus nicht selbstsüchtig, habgierig oder korrupt ist. Aber was ist, wenn ihn die Macht korrumpiert? Denn das tut sie immer. Und was wird dann mit seinem Nachfolger? Die Technokratie gibt kleinen Eliten Macht, wiederum mit wenig Kontrolle und Überwachung. Sie verwandeln sich in eine Gruppe von Schwergewichten, die ohne einen starken Mann kaum im Zaum zu halten ist. Trotzdem haben diese Experten immer noch dieselbe menschliche Natur, die in der liberalen Demokratie so viel Ärger macht.

Die direkte Demokratie wurde von allen Alternativen noch am wenigsten ausprobiert. Im antiken Griechenland war sie eine absolute Katastrophe. Die direkte Demokratie, die Herrschaft des Pöbels, hat sich als gefährlich und unbeständig erwiesen. Unabhängig davon, ob und wie sie in der modernen Welt funktionieren würde, wäre sie sicherlich auch keine Lösung für die Probleme, die durch die menschliche Natur entstehen.

Die Geschichte und die menschliche Natur ermahnen uns, sie zu meiden. Die Prophetie der Bibel gibt uns sogar noch weitere konkrete Gründe dafür.

Ein gefährliches Ende

Die Bibel prophezeite den Aufstieg der Weltmächte Großbritannien und Amerika. Gott hat versprochen, dass diese Nationen „den Kopf und nicht den Schwanz“ bilden würden: „Der HERR wird dich zum Kopf machen und nicht zum Schwanz, und du wirst immer aufwärts steigen und nicht heruntersinken“ (5. Mose 28, 13).

Das ist genau das, was uns die Geschichte gezeigt hat. Die letzten zwei Jahrhunderte waren anglo-amerikanische Jahrhunderte. Die von diesen Nationen verfochtene Regierungsform, die im Grunde einige wichtige biblische Prinzipien enthält, hat sich überall in der westlichen Welt verbreitet.

Aber die Bibel sagt auch, dass diese Zeit der Pax Britannica gefolgt von der Pax Americana irgendwann zu Ende gehen wird und das passiert gerade jetzt. Derselbe Gott, der Großbritannien und Amerika an die Spitze stellte, ist jetzt dabei, das wieder rückgängig zu machen. Er prophezeite, dass immer, wenn Großbritannien und Amerika ihm nicht gehorchten, Fremde die Führung übernehmen würden und diese dann der Kopf und „ihr der Schwanz sein werdet“ (Vers 44).

Dieser weltweite Abfall von der anglo-amerikanischen Regierungsform geht Hand in Hand mit dem Niedergang Großbritanniens und Amerikas.

Wir steuern jetzt geradewegs auf das Zeitalter der starken Männer zu. Alle bedeutenden Machtblöcke, die in der Bibel prophezeit sind, werden von starken Anführern regiert. Russland wird von Wladimir Putin, dem „Fürst von Rosch“ angeführt. Nach der Prophetie der Bibel wird Europa von einem „frechen und verschlagenen König“ angeführt werden, der einen Teil des alten Heiligen Römischen Reichs als Verbund von Kirche und Staat regieren wird. Selbst Amerikas Regierung ist in schrecklichen Schwierigkeiten und wird möglicherweise von einem starken Mann beherrscht werden.

Die Bibel beschreibt das als „die Zeiten der Heiden“ (Lukas 21, 24). Es sind Zeiten der ungezügelten menschlichen Natur. Ohne das Drumherum der liberalen Demokratien, ohne die Verfassung oder die internationalen Normen, werden „die Starken tun, was sie tun wollen, und die Schwachen erleiden, was sie müssen“, wie es der antike griechische Geschichtsschreiber Thukydides ausdrückte.

Weil diese starken Männer eine repräsentative Demokratie verwerfen, sagt die Bibel, dass sie die Welt an den Rand der Zerstörung führen werden.

Aber die gute Nachricht ist, dass der Mensch endlich die Lektion aus der Geschichte lernen wird, so wie Gott will, dass er sie lernt.

Gleich zu Beginn der Menschheitsgeschichte hat der Mensch die Herrschaft Gottes über ihn abgelehnt. Deshalb hat Gott ihn aus dem Garten Eden vertrieben und den Menschen gesagt: „Formt eigene Gottesbilder, eigene Religionen, eigene politische Systeme, eigene Lebensstile, eigene Gesellschaftsformen und Kulturen“ (Herbert W. Armstrong, *Geheimnis der Zeitalter*). Jetzt werden wir Zeugen des endgültigen Scheiterns der vom Menschen gemachten Regierungen. Die Experimente des Menschen mit Regierungen sind bisher noch jedes Mal gescheitert. Und die heutigen radikalen Experimente an lebenden Menschen in einer Welt voller Schrecken und Massenvernichtungswaffen werden ihm endgültig die Lektion lehren: Die Menschen sind wirklich nicht in der Lage, sich selbst zu regieren.

Nach diesem endgültigen Scheitern wird uns nichts anderes übrigbleiben, als diese Tatsache zu akzeptieren. Der Aufstieg der Piraten, Bauern und Donald Trumps zeigt, dass wir verzweifelt nach Alternativen suchen. Wir sind aber wohl noch nicht verzweifelt genug, um die Herrschaft Gottes als eine mögliche Alternative akzeptieren. Aber wenn dieses Experiment erst einmal zu Ende ist, werden wir sie annehmen.

Eine erfolgreiche Regierung

Dann wird auf der Welt eine neue Regierung gebildet, und zwar unter der idealen Führung des Königs der Könige! Herbert W. Armstrong erklärte in seiner Broschüre *The Wonderful World Tomorrow—What It Will Be Like (Die wunderbare Welt von morgen – Ein Blick in die Zukunft)*: „Nun wollen wir uns vor Augen führen, wie die neue Weltregierung funktionieren wird. Ihr werden weder Demokratie noch Sozialismus, noch Kommunismus oder Faschismus zugrunde liegen. Sie wird keine Plutokratie, Oligarchie oder menschliche Monarchie sein. Sie wird überhaupt keine Herrschaft des Menschen über den Menschen sein. Der Mensch hat bewiesen, dass er sich selbst nicht regieren kann.“

„Es wird eine göttliche Regierung sein – die Regierung Gottes. Es wird keine Regierung von unten nach oben sein. Die Macht wird nicht vom Volk ausgehen. Es wird keine Regierung vom oder durch das Volk, sondern für das Volk sein. Es wird Herrschaft von oben her (von Gott dem Allmächtigen) nach unten sein.“

„Es wird keine Wahlkämpfe geben. Keine Veranstaltungen und Transaktionen, die der Beschaffung von Geldmitteln für den Wahlkampf dienen. Keine schmutzigen politischen Kampagnen, wo man nicht vor Rufmord zurückschreckt, wo jeder Kandidat versucht, sich selbst in seinem Machtstreben ins beste Licht zu rücken, und dabei seinen Gegenkandidaten anklagt und beschimpft. Keine Zeit wird mehr verschwendet für politische Dreckschleuderei und Machtkämpfe.“

„Kein Regierungsamt wird mehr in menschlichen Händen, sondern sie werden sämtlich in den Händen von Geistwesen liegen, Angehörigen des Reiches Gottes, Mitglieder der Gottfamilie.“

„Alle diese Amtsinhaber werden ernannt – von Christus persönlich, der ins Herz der Menschen schauen kann und ihren inneren Charakter, ihre Stärken und Schwächen erkennen kann. ...“

„Kurz: Unter dem Neuen Bund, den Christus bei seinem Kommen einführt, wird es Glück, Frieden, Wohlstand und Gerechtigkeit für alle geben. Haben Sie jemals gelesen, woraus dieser Neue Bund inhaltlich bestehen wird? Dachten Sie vielleicht, dass er Gottes Gesetz abschafft? Ganz im Gegenteil: Hebräer 8, 10: „... das ist der Bund, den ich schließen will mit dem Haus Israel nach diesen Tagen, spricht der Herr: Ich will meine Gesetze in ihren Sinn geben, und in ihr Herz will ich sie schreiben ...“

„Wenn Gottes Gesetze in unseren Herzen sind – wenn wir Gottes Wege lieben und in unseren Herzen danach leben wollen, dann wird die menschliche Natur unterworfen werden – dann werden die Menschen von sich aus den Weg gehen wollen, der die Voraussetzung für Frieden, Glück, Fülle und echten Wohlstand und Lebensfreude ist.“ ■